

## BERICHTE

### Rieder statt Hornig, oder: Kritiker vor Gericht!

Anstoß und Ergebnis eines historisch-politischen Diskurses in der Provinz

Nach fast viereinhalb Jahren hat eine Initiative des AKENS endlich zu einem Resultat geführt: Die Heinrich-Hornig-Straße in Itzehoe wurde am 1. März 2002 in Aaron-Rieder-Straße umbenannt.

Man muss nicht wissen, wer Heinrich Hornig gewesen ist – zu unbedeutend waren und sind die plattdeutschen Dichtungen des Itzehoer Lehrers, die er seit etwa 1905 vor allem in regionalen Zeitungen und kleinen Buchausgaben publizierte. Literar- und zeitgeschichtliche Bedeutung erlangte er jedoch aufgrund der Tatsache, seit 1933 regelmäßig nationalsozialistisch ausgerichtete Propagandatekte veröffentlicht zu haben. Anlass genug für den AKENS, 1997 an den Itzehoer Bürgermeister heranzutreten und den Straßennamen zu hinterfragen.

Die Stadt reagierte wie erwartet: Die SPD nahm sich des Themas an und bemühte sich um eine Umbenennung. Es hat in den letzten Jahren in Schleswig-Holstein mehrere Straßenumbenennungen gegeben – im Blickpunkt stand zumeist der Erfolgsautor Gustav Frenssen, der ebenfalls Nazi-Propaganda verfasst hat und bis zu seinem Tod ein glühender Anhänger Hitlers geblieben war. Doch selbst bei zweifelsfreier Sachlage enthält die Veränderung eines Straßennamens stets besonderes Konfliktpotenzial, vor allem wenn es wie 1995 in St. Peter-Ording gemacht wird: Dort versuchte die Kommunalverwal-

tung die Umbenennung des Gustav-Frenssen-Weges hinter verschlossener Tür (vgl. *ISHZ* 30/1996, S. 70ff.).

Der AKENS wollte in Itzehoe einen anderen Weg bereiten helfen. Wie würden die direkt tangierten Bewohner der Heinrich-Hornig-Straße reagieren, wenn sie von den Propagandatexten des Heimatdichters erführen? Eine öffentliche Versammlung geriet fast zu einem Debakel, da sich keiner der Anwohner ernsthaft für die Texte interessierte, und die Familie des Autos untersagte aus vorgeschobenen Urheberrechtsgründen, dass ein Dossier der inkriminierten Texte in Umlauf gebracht wurde (vgl. *ISHZ* 36/1999, S. 104ff.).

Die Itzehoer SPD hielt trotzdem am Plan einer Umbenennung fest – und scheiterte mit diesem Begehren im anfangs zuständigen Kulturausschuss (vgl. *ISHZ* 37/2000, S. 81ff.). Doch wo ein Wille war, fand sich auch ein Weg: Man änderte kurzerhand die kommunale Hauptsatzung, und Straßenumbenennungen wurden so zur Sache der Ratsversammlung, in der SPD und Grüne die Mehrheit hatten und das erwünschte Abstimmungsergebnis herbeiführen konnten – ein problematischer Schritt, der in Itzehoe aus nachvollziehbaren Gründen nicht unbedingt als demokratisch angesehen wurde.

Nun steht seit ein paar Monaten der Name Aaron Rieder auf dem Straßenschild. Nachdem Regina Holler im Juni 1996 für die *ISHZ* den Exodus der

Itzehoer jüdischen Bevölkerung rekonstruiert hatte, lagen erstmals umfassendere Informationen über die verfolgten Juden dieser Stadt vor. Zu jenen Menschen, deren Spur sich in Auschwitz verliert, gehören auch Aaron und Giska Rieder mit ihren Töchtern Hannelore und Erika. Doch man hätte sich für diesen symbolischen Akt – einen lokalen Vertreter der NS-Opfer erstmals per Straßennamen zu ehren – ein würdigeres und respektvolleres Prozedere gewünscht, als ihn quasi als Gegenkandidaten zu einem Nazidichter per politischem Eingriff auf das Straßenschild zu setzen.

Kleines Nachspiel: Nachdem der Autor zur umfassenden Information der regionalen Öffentlichkeit im *Steinburger Jahrbuch* 2002 eine kritische Dokumentation der literarischen Aktivitäten regionaler Schriftsteller in der NS-Zeit publiziert hatte, in der Hornig naturgemäß

breiten Raum einnahm, erhielt er im März 2002 eine Vorladung der Itzehoer Bezirkskriminalinspektion, Kommissariat „Rechtsextremismus“, bei dem alle Staatsschutzbelange angesiedelt sind: „Gegen Sie wird ein Ermittlungsverfahren wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener [...] geführt.“ Diese Maßnahme der Familie – gegen unliebsame Kritiker vorzugehen – kam nicht überraschend: Als ein Journalist über Hornigs NS-Aktivitäten geschrieben hatte, wurde der Presserat eingeschaltet, gegen einen Professor, der über Hornig forschte, wurde eine Dienstaufsichtsbeschwerde beim zuständigen Kultusministerium angestrengt, und über die schleswig-holsteinische Landes-SPD hatte man versucht, Einfluss auf die Itzehoer SPD zu nehmen – vergebens. Auch das Verfahren wegen vermeintlicher Verunglimpfung Hornigs wurde erwartungsgemäß eingestellt. **Kay Dohnke**

**„Ich war bereits Antisemit, als Du vermutlich noch auf der Schulbank saßest.“** *Der Hamburgische Landesbischof Tügel in einem privaten Brief, 1942.*

Betrachtungen zur Ausstellung

*Kirche – Christen – Juden in Nordelbien 1933–1945*

Vor der Tür im Vorraum steht ein Polizist, weil bei allen Dingen, die – wie er sagt – „mit dem Jüdischen“ zu tun haben, das in Deutschland leider dazugehöre. Der Beamte langweilt sich und ist froh, mit den Ankommenen reden zu können. Wer wir sind, will er wissen, und was wir mit der Ausstellung zu tun haben, um dann um so lieber über das Ruderwettrennen auf dem Nord-Ostsee-Kanal zu sprechen.

Von der durch die Tür dringenden Orgelmusik werden wir unterbrochen,

und bald darauf ist der Gottesdienst vorbei. Wir können jetzt die Christkirche in Rendsburg zur Eröffnung der Ausstellung *Kirche, Christen, Juden in Nordelbien 1933–1945* betreten.

Der Tag der Eröffnung – der 20. September 2001 – ist bewusst gewählt worden: Die nordelbische Synode, das Kirchenparlament, beschäftigte sich bei ihrer turnusmäßigen Sitzung in Rendsburg intensiv mit dem Verhältnis von Christen und Juden und gab im November 1998 den Auftrag zur Erforschung des

Themas. Deswegen überrascht es nicht, dass in der Kirche fast alle Plätze besetzt sind und sich darunter wohl mindestens 100 Synodale bzw. Gäste der Synode befinden.

Nach Grußworten der Präsidentin der Synode und des Rendsburger Gemeindevorstehers erhält ein Vertreter der jüdischen Gemeinde Hamburg und Schleswig-Holstein das Wort. Während vorher alles ruhig blieb („Darf man in einer Kirche klatschen?“, fragt mein Nebenmann), kommt jetzt – erst zögernd, dann die Kirche füllend – Beifall auf. Gerade diese Episode sagt etwas zum Verhältnis von Christen und Juden aus, doch die Interpretation möchte ich offen lassen.

Anschließend spricht mit Dr. Stephan Linck derjenige, der die Ausstellung durch seine Forschungsarbeit und Quellenrecherche ermöglichte (vgl. *ISHZ* 36, S. 97ff.). In seiner Rede stellt er die evangelischen Landeskirchen im Norden kritisch als Institutionen dar, deren Pastoren und Funktionäre mehrheitlich dem Antisemitismus der Nationalsozialisten gute Seiten abgewinnen konnten und sich auch die „Bekennende Kirche“ nicht zu positiven Signalen für die verfolgten Jüdinnen und Juden entschließen konnte. Linck hebt zudem darauf ab, dass selbst in der NS-Diktatur jeder „arische“ Christ und jede „arische“ Christin eine Entscheidung darüber fällen konnte, wie er oder sie sich verhielt, ohne dass dies zwangsläufig zu Schutzhaft oder sonstigen Bestrafungen führen musste. Diese Freiheit der Entscheidung – zu helfen, sich zu solidarisieren, passiv zu bleiben, mitzulaufen, zu denunzieren oder gar Täter zu werden – würde die Ausstellung insbesondere anhand

von neun Einzelbiografien aufzeigen. Anschließend laden die VeranstalterInnen zu einem Gang durch die Ausstellung ein, was die mehreren Hundert Anwesenden gerne annehmen.

Die Ausstellung lässt sich in fünf Bereiche aufteilen: Da ist zuerst die Einführung durch Aussagen aus der Kirche oder der Pastorenschaft zum Judentum sowie Informationen über die sechs Strömungen innerhalb der Kirche (wobei leider keine Gewichtung für Nordelbien bezüglich Einfluss und Mitgliederschaft vorgenommen wird). Es folgt ein schwarzes Eingangsportal, an dem sich die BesucherInnen mit den ersten von insgesamt 13 Informationsfaltblättern ausstatten können, die mittels eines kleinen schwarzen Schubers im Laufe der Ausstellung gesammelt werden können. Diese Idee überzeugt und weckt dank der Gestaltung Assoziationen zu kirchlichen Bezügen.

Klug haben sich die GestalterInnen auch mit dem Thema Kirche als Ausstellungsraum befasst: Passend für die Ablageflächen der Gesangbücher in den Kirchenbänken sind rechteckige Informationstafeln konzipiert worden. Diese weisen sich durch weithin sichtbare Überschriften, kurze Texte und Originalzitate aus. Aufgrund des Installationsortes Kirchenbank wird die Ausstellung zudem während der Gottesdienste präsent sein, und auf Reaktionen darauf kann man gespannt sein.

Der vierte und fünfte Teil der Ausstellung widmet sich den Einzelbiografien bzw. der Darstellung einer christlichen Gemeinde. Die neun biografischen Stationen bestehen aus zwei Standtafeln, die jeweils einen biografischen Abriss und einen tabellarischen

Lebenslauf liefern. Hinzu kommt eine audiovisuelle Installation: Nach dem Drücken eines entsprechenden Knopfes wird ein Porträt der Person auf eine überlebensgrosse Leinwand projiziert und ein maximal zweiminütiger Text mit Zitaten der Person bzw. von Zeitzeugen und Angehörigen ertönt. Das Interessante dieser Zitate ist, dass sie zum Nachdenken anregen, da sie nicht ein „So war er/sie“ Konzept à la Guido Knopp verfolgen, sondern offen die Widersprüche aufzeigen und den Rezipienten auffordern, einen eigenen Standpunkt dazu zu finden.

Zudem sind die Personen so gewählt, dass sie von antisemitischer Hetze und gläubiger Zustimmung zum Nationalsozialismus bis hin zu zivilcouragiertem Verhalten eine große Spannweite an Optionen des Einzelnen und der Einzelnen aufzeigen und belegen, dass eine Reihe von Verhaltensweisen möglich waren. Wer möchte, kann anschließend seine Gedanken in ein an jeder Station bereitliegendes Buch eintragen.

Eine so genannte „black box“ durchbricht die einheitliche Gestaltung in diesem Teil der Ausstellung und widmet sich der „Geschichte der evangelischen Gemeinde in Theresienstadt“, wie sie der überlebende verfolgte „nichtarische“ Christ Arthur Goldschmidt 1946 niederschrieb. Die Darstellung der irisch-presbyterianischen „Jerusalem-Gemeinde“ Hamburgs schließt diesen Teil ab. Die Gemeinde wurde „zum wichtigsten Treffpunkt für Verfolgte, die nicht jüdischen Glaubens waren“, so das dazugehörige Infoblatt, das auch nicht verschweigt, dass das Ziel der Gemeinde die so genannte Judenmission war, also der Übertritt von Jüdinnen und Juden

zum christlichen Glauben. Unklar bleibt trotzdem, warum eine Gemeinde, die nicht zur evangelischen Kirche in Norddeutschland gehörte, thematisiert wird. Schließlich hat auch die katholische Kirche versucht, ihre konvertierten Mitglieder zu schützen, und wird zu Recht nicht mit in die Ausstellung einbezogen.

Überzeugender ist da schon das Konzept, auch die ausstellende Gemeinde zu fordern (bzw. zu überfordern ...): Sie muss ein regionales Fenster füllen und darstellen, ob sie sich mit ihrer eigenen Geschichte auseinandergesetzt hat. Schon die Eröffnung in der Christkirche machte deutlich, dass hier viele offene Fragen und auch unangenehme Antworten bleiben werden, so dass eine Dokumentation dieser regionalen Fenster sehr wünschenswert wäre, da sie ein Schlaglicht auf den Ist-Stand vor Ort werfen werden.

Zur künstlerischen Gestaltung ist abschließend zu sagen, dass sie mich überzeugt hat. Neben den schon erwähnten Elementen wie dem Schuber für die Informationen, den Kirchenbanktafeln und den audiovisuellen Installationen haben mich auch die auf angerosteten, lackierten Metallständern befindlichen Informationstafeln angesprochen. Zudem haben sich die GestalterInnen auf die Farben Schwarz, Weiß und Rot als wiederkehrendes Mittel zurückgezogen und damit bewusst die Assoziationen zur kaiserzeitlichen Fahne und den Farben der Nationalsozialisten geweckt.

Nicht ganz so überzeugend – und schon gar nicht innovativ – ist die Idee mit der „black box“. Abgesehen davon, dass dieses Mittel schon viel zu häufig in der deutschen Museumslandschaft zu

finden ist, suggeriert es mir zu sehr Assoziationen im Sinne eines Nicht-Verstehbaren des Massenmordes an der jüdischen bzw. „nichtarischen“ Bevölkerung Europas. Andererseits ermöglicht die „black box“ den BesucherInnen, sich in einem ruhigen, abgeschlossenen Raum mit sich und der Geschichte auseinanderzusetzen.

Und was fehlt? Abgesehen davon, dass eine geografische Einordnung Nordelbiens hilfreich gewesen wäre – was angesichts der vier damaligen Landeskirchen doch durch eine Karte hätte dargestellt werden müssen –, wäre eine zahlenmäßige Einordnung gut gewesen: Wie viele evangelische und katholische Christen lebten 1933 bzw. 1939 in den einzelnen Kreisen und Städten, wie viele Jüdinnen und Juden bzw. wie viele Atheisten waren es? Die Einordnung derjenigen, die verfolgt wurden, und die Dominanz der jeweiligen Religionsgemeinschaften wäre so deutlich geworden, schließlich kann das Wissen um solche Fakten nicht vorausgesetzt werden.

Fazit: Die Ausstellung *Kirche, Christen, Juden in Nordelbien 1933–1945* ist sehenswert und stößt hoffentlich in den beteiligten Gemeinden und Kirchenkreisen die weitere Erforschung der eigenen Geschichte an. Ob sie bei den BesucherInnen Reflexionen über eigene Handlungen und Verhaltensweisen anregt, muss offen bleiben, ist aber ob des guten Konzeptes nicht auszuschließen.

### Nachtrag und offene Fragen

Im Januar 2002 wanderte die Ausstellung nach St. Petri in Hamburg, so

dass ich die Zeit hatte, mich durch die Präsentation und das Begleitprogramm intensiver mit ihr zu befassen. Dabei kamen die folgenden Fragen auf: Was erreichen die Kirchenbanktafeln? Welche Zielgruppe kann mit so präsentierten Zitaten ohne genügende Einordnung etwas anfangen? Setzt die Auseinandersetzung mit diesen Zitaten nicht ein hohes Maß an vorhandenem Geschichtswissen voraus, das der normale Besucher nicht hat und bei Kindern und Jugendlichen schon gar nicht vorausgesetzt werden kann? Gibt es ein pädagogisches Konzept für Ausstellungsführungen? (In Hamburg waren die als Führungen angekündigten Veranstaltungen Einführungen in, aber keine Führungen durch die Ausstellung!) Wäre es nicht hilfreich, wenn für alle vier Landeskirchen jeweils auf vier Stelltafeln ein Überblick zu deren Geschichte gegeben würde? Schafft die Ausstellung es tatsächlich, durch das Aufzeigen verschiedener Verhaltensweisen die Offenheit von christlich motiviertem Verhalten darzustellen? (Wenn ja, hat sie eines der Hauptziele erreicht, wenn nein, muss sie umgearbeitet werden).

Im Oktober 2002 wandert die Ausstellung nochmal in die direkte Nähe des Berichtenden: nach St. Petri im Kirchenkreis Altona. Ich bin gespannt, welchen Eindruck ich dann gewinnen werde.

**Frank Omland**

Nähere Informationen über die künftigen Ausstellungsorte finden sich unter [www.kirche-christen-juden.org](http://www.kirche-christen-juden.org) im Internet.

## „Juden in Lettland“ – Museum und Dokumentationszentrum in Riga

Viele Spuren der jüdischen Bevölkerung Schleswig-Holsteins führen nach Riga – die Deportation vom 6. Dezember 1941 brachte die Menschen mit dem sog. Hamburger Transport in das Lager Jungfernhof, einen ehemaligen Gutshof bei Riga. Zum Zeitpunkt ihrer Ankunft war die „Räumung“ des Rigaer Ghettos noch nicht abgeschlossen, die Ermordung der lettischen Juden im Wald von Rumbula am 8. Dezember 1941 schaffte Platz für weitere Transporte.

Das kleine Museum und Dokumentationszentrum „Juden in Lettland“ befindet sich in der Skolas Iela 6 in Riga, im zweiten Stock des ehemaligen jüdischen Theaters. 1989 gab die lettische Regierung dieses Gebäude zurück an die jüdische Gemeinde. Im Mai 1996 wurde die ständige Ausstellung „Juden in Lettland“ eröffnet. Dass es dieses Museum überhaupt gibt, ist das Verdienst eines Überlebenden des Rigaer Ghettos und des KZ Kaiserwald: des Historikers Margers Vestermanis. Mit einer Gruppe weiterer Überlebender gründete er 1990 das Jüdische Dokumentationszentrum Riga, um „das wenige, was zwei Zerstörungen – das Nazi-Regime und die sowjetischen Repressionen – überstanden hatte, zu retten und der wissenschaftlichen Erforschung der Geschichte der Juden in Lettland neue Impulse zu geben.“<sup>1</sup>

Von 1941 bis 1944 wurde in Lettland nahezu die gesamte jüdische Bevölkerung ausgerottet und das jüdische Kulturgut zerstört. Während der fünfziger Jahre wurde das Wenige, das die Nazis übrig gelassen hatten, von sowjetischer Seite zerstört. Studien und Pub-

likationen zu diesem Thema waren verboten bzw. als zionistische Propaganda verpönt. Das Schicksal der Überlebenden wurde ignoriert.

Die beginnenden Forschungen von Margers Vestermanis berührten ein noch immer heikles Thema, waren doch auch lettische Hilfspolizisten und Freiwillige in die Ermordung der jüdischen Bevölkerung Lettlands durch die Deutschen verstrickt. Nur gegen viele Widerstände von staatlicher Seite konnten Akten der Polizei-, Stadt- und Staatsarchive ausgewertet werden. Gleichzeitig befragte Vestermanis die Überlebenden in Lettland, legte eine Kartei der „Judenretter“ an und trug Zeugnisse jüdischen Lebens zusammen.

„Heute besitzt das Museums etwa 6.000 verschiedene Exponate, Fotos, Bücher, Manuskripte, Gegenstände des säkularen und religiösen Lebens, Stoffketzen mit KZ-Nummern und im Ghetto gezeichnete Porträts. Unter den Gegenständen befinden sich z. B. Torarollen, die in den 50er Jahren in einer Papiermühle hätten vernichtet werden sollen, aber dank der Unbotmäßigkeit eines Arbeiters nicht zerstört worden sind, oder ein Chanukka-Kreisel, den ein Sowchosenbauer auf dem Feld fand und Vestermanis schenkte. Zudem haben Überlebende des Terrors dem Museum allerwertvollste Erinnerungen an die KZ-Zeit überlassen, kleine Zeichnungen auf Baumrinde, gelbe Sterne u.a. Der Hauptbestand des Museums sind Fotos – Fotos jüdischen Lebens der zwanziger und dreißiger Jahre. Vestermanis konnte alle abgebildeten Personen identifizieren, fast alle wurden 1941 erschossen.“<sup>2</sup>



*Skolas Iela 6 in Riga, Portal des früheren jüdischen Theaters*

Mit der Eröffnung der ständigen Ausstellung *Juden in Lettland* am 5. Mai 1996 wurde zum ersten Mal in der Geschichte Lettlands das Schicksal der Juden in Lettland für die Öffentlichkeit dargestellt. Die „Verbindung von Lebensgeschichten der Vorkriegszeit mit einer Darstellung jüdischen Leidens und Sterbens in Lettland macht dieses kleine Museum sehr eindrucksvoll und sehr, sehr einzigartig.“<sup>3</sup>

Das Museum gewann rasch an Popularität. Schon in den ersten zwei Jahren seines Bestehens besuchten es Interessierte aus der ganzen Welt. In den *Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte*, Heft 30 (1996) und Heft 37 (2000) des AKENS wurde über Besuche in Riga und das Museum berichtet.<sup>4</sup> Inzwischen findet sich auch in Reiseführern ein Hinweis darauf.

Trotz allgemeiner Anerkennung erhält das Dokumentationszentrum und Museum „Juden in Lettland“ keine staatliche Unterstützung, sondern existiert allein auf der Basis von Spenden. „Die wissenschaftliche und organisatorische Arbeit wurde größtenteils von älteren, ehrenamtlich tätigen Mitarbeitern bewältigt. Nun ist diese Möglichkeit durch Überalterung erschöpft, aber für die Bindung junger wissenschaftlicher Kräfte an das Museum ist eine ständige finanzielle Unterstützung notwendig.“<sup>5</sup>

Im Organisationsstadium erhielt das Museum eine zweijährige Förderung durch die „Memorial Foundation of Jewish Culture“ (New York); in seinem Aufbaustadium wurde es beinahe ausschließlich von Spenden unterstützt, die in Deutschland gesammelt wurden, insbesondere von Winfried Nachtwei (Münster, MdB Die Grünen) und Anita

Kugler (Berlin, *die tageszeitung*).

Die Eröffnung der ständigen Ausstellung war dank der Unterstützung der „Soros Foundation Latvia“ und des Hamburger Instituts für Sozialforschung möglich. Ein mehrjähriges Stipendium für eine wissenschaftliche Kraft wurde von der Roma-Foundation in Zürich gestiftet. Seit 1998 unterstützt die Robert-Bosch-Stiftung (Stuttgart) verschiedene Projekte sowie die Erweiterung des Museums.

„1998 erlangten Museum und Dokumentationszentrum den Status eines eingeschriebenen Vereins.“<sup>6</sup> Die Mitglieder des Fördervereins sehen ihre Aufgabe darin, die beeindruckende Arbeit des Museums bekannt zu machen und so weitere Spenden außer ihren persönlichen Beiträgen zu erwirken. Jede Spende „kommt ausschließlich den Zielen des Museums und Dokumentationszentrums zugute, die dokumentarischen Zeugnisse der 400-jährigen Geschichte der Juden in Lettland zu sichern und für Forschungen, Publikationen und Ausstellungen zu verwenden. Das Museum ist ein Ort der Erinnerung, aber auch der Auseinandersetzung für die Zukunft. Es bietet so eine Möglichkeit zur Entwicklung besserer interkultureller Beziehungen in Lettland und damit einer weiteren Demokratisierung unserer Gesellschaft.“<sup>7</sup>

Seit Bestehen des Dokumentationszentrums wurden diverse Beiträge in akademischen Zeitschriften und Reihen publiziert: Studien zur Geschichte der Juden im Herzogtum Kurland, zur jüdischen Presse Lettlands, zum Holocaust in Lettland und zu Solidaritätsaktionen der Bevölkerung mit verfolgten Juden. Besondere Aufmerksamkeit richtete sich



auf ein bisher nicht aufgearbeitetes Thema: die Vernichtung der Juden in den ländlichen Gemeinden im Sommer 1941.

Das Museum arbeitet an einer Enzyklopädie über „berühmte Persönlichkeiten des lettischen Judentums“, an der Realisierung eines Films über die Rettung jüdischer Mitbürger in Lettland mit dem Titel *Liebe deinen Nächsten...* und an einem Verzeichnis der Bestände zur Geschichte der Juden in Lettland in lokalen Archiven, Museen und Bibliotheken. Dieses Projekt wird von der Heinrich-Böll-Stiftung finanziell getragen.

Ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit liegt darin, breitere Kreise der Bevölkerung mit der Geschichte der Juden bekannt zu machen. Diesem Zweck diente die Ausarbeitung von Unterrichtskonzepten für Schule und Universität und die Erstellung mehrerer Wanderausstellungen. Eine von ihnen – die Fotoausstellung *Eine verlorene jüdi-*

*sche Welt* – wurde am 13. Januar 1998 in Bonn im Deutschen Bundestag eröffnet und seither in verschiedenen Städten in Deutschland gezeigt.

Das Museum und Dokumentationszentrum ist zu einem Ort des Dialogs und der Begegnung geworden. Das Ziel der Arbeit ist es, durch die Sammlung der letzten existierenden Zeugnisse jüdischen Lebens, durch sorgfältige wissenschaftliche Ausarbeitungen und durch beeindruckende Expositionen ein Denkmal für die verloren gegangene jüdische Welt in Lettland zu schaffen.

Adresse: Skolas 6, LV-1322, Riga, Lettland, Tel. / Fax: 00371/728 34 84  
Spendenkonto: Museum *Juden in Lettland*, Hansa Bank Latvija, 0740 J 034567, BLZ 310 101 717

**Heidemarie Kugler-Weimann,**  
Mitglied Nr. 44 des Fördervereins

1. Margers Vestermanis, Lia German, Svetlana Bogojavlenska: Museum „Juden in Lettland“, Faltblatt, Riga o.J.
2. Anita Kugler: Ein Museum, das unter die Haut geht. Das jüdische Leben und der Holocaust in Lettland. In: *die tageszeitung* (Berlin) 6. Mai 1996.
3. Ebenda
4. Persönlicher Schriftwechsel mit dem Museum „Juden in Lettland“.
5. Wie Anm. 1.
6. Wie Anm. 1.
7. Wie Anm. 3.

Foto: Heidemarie Kugler-Weimann

## 60. Jahrestag der Deportationen nach Riga

### Einweihung der Gedenkstätte Bikernieki

Im Dezember 1941 führte der Weg vieler jüdischer Menschen aus Schleswig-Holstein nach Riga – und für fast alle in den Tod, so auch der von Margot, Martin und Max Prenski aus Lübeck, deren

Namen heute unsere Schule, eine integrierte Gesamtschule in Lübeck trägt. Die Wende in Osteuropa machte es möglich, die Spurensuche nach diesen Kindern auf Riga auszudehnen.

Die jetzige Einweihung einer Gedenkstätte im Bikernieki-Wald, wo aller Wahrscheinlichkeit nach auch die Geschwister Prenski bei einer Massenerschießung umgebracht wurden, war für einige Lehrkräfte der Geschwister-Prenski-Schule ein neuerlicher Anlass, nach Riga zu fahren und an den Feierlichkeiten teilzunehmen. Viele Schülerinnen und Schülern waren interessiert, allein die hohen Reisekosten forderten eine Begrenzung auf zwei der Jugend-

lichen. Für sie bemühten wir uns um eine Finanzierung durch Schulverein und Kollegium bzw. staatliche Institutionen. Als Richard J. Yashek, einer der wenigen Lübecker Überlebenden von Riga, der heute in den USA lebt, in einem Telefongespräch von unseren Reiseplänen erfuhr, bot er spontan seine Unterstützung an und übernahm die Reisekosten der beiden Schülerinnen, während wir drei Lehrkräfte die Reise selbst bezahlten.

### Winterliche Reisewege ins Baltikum

Am 29. November 2001 begann unsere Reise früh um vier Uhr. Ein Kollege brachte uns zum Hamburger Flughafen. In Frankfurt am Main trafen wir unsere Mitreisenden, die offiziellen Delegationen der Städte im Riga-Komitee, darunter einige bekannte Gesichter. Etwa zwei Stunden dauerte der Flug nach Riga. Während der Landung zeigte sich eine winterliche Schneelandschaft. Ein Bus brachte uns vom Flughafen ins Hotel, durch Vorstadtbezirke mit ärmlichen alten Häusern und heruntergekommenen Plattenbauten. Wir überquerten

die Daugava (Düna), fuhren auf den breiten Boulevards am Palast der lettischen Staatspräsidentin vorbei hinein in die engen Straßen der mittlerweile fast vollständig restaurierten Altstadt Rigas.

Anders als 1996 waren kaum noch Baustellen zu sehen, sondern wunderbar sanierte Gebäude und schön angelegte Plätze und Straßen. Doch genau wie vor fünf Jahren fielen im Straßensbild die starken sozialen Gegensätze auf: Bitterste Armut und große Eleganz waren gleichzeitig präsent.

### Die Gedenkfeierlichkeiten

Den Auftakt der Gedenkfeiern bildete am Abend des 29. November ein Empfang des Rates der Stadt Riga im Schwarzhäupterhaus, dem historischen Rathaus der Stadt, das erst vor kurzem wieder aufgebaut worden ist. Lettisch, Englisch, Deutsch, in diesen drei Sprachen wurden die Ansprachen gehalten bzw. übersetzt. Überlebende aus vielen Ländern waren nach Riga gekommen. Wir lernten Enrico Loewenthal kennen,

dessen Familie nach Riga deportiert worden war; er selbst überlebte als Partisan in Italien.

Der 30. November begann mit der Gedenkfeier im Saal des Jüdischen Gemeindezentrums in der Skolas Iela. Mehrere hundert Menschen verfolgten die Ansprachen meist in Simultanübersetzungen per Kopfhörer. Es sprachen der Vorsitzende der Gemeinde, der Präsident des Volksbundes Deutsche

Kriegsgräberfürsorge, der lettische Ministerpräsident, der stellvertretende Vorsitzende des Rates der Stadt Riga, der israelische Botschafter, der Vorsitzende der Deutsch-Baltischen Parlamentariergruppe, der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, der Präsident der Jewish Survivors of Latvia in den USA.

Deutlich in Erinnerung geblieben sind mir die Worte von Erich Herzl aus Wien, einer der Überlebenden und der entscheidende Initiator der Gedenkstätte, und von Alexandr Bergmanis, dem Vorsitzenden des Vereins ehemaliger Ghetto- und KZ-Häftlinge Lettlands, der von seiner Familie sprach. Besonders eindrucksvoll war die Ansprache von Gertrude Schneider, einer Überlebenden aus Wien und heute Professorin in New York. Sie schloss mit den Worten, dass der Fluch, „nicht gedacht soll ihrer werden“, nun aufge-

hoben sei. Hannah Lessing, die Generalsekretärin des Nationalfonds der Republik Österreich für die Opfer des Nationalsozialismus, bezeichnete das Projekt der Gedenkstätte Bikernieki als eine „europäische Antwort auf den Nationalsozialismus“ und kritisierte die Ignoranz der österreichischen Regierung.

Es gelang uns, einen kurzen Blick in die Räume des Jüdischen Museums zu werfen, wo Professor Margers Vestermanis und seine junge Kollegin, die Historikerin Svetlana Bogojavlenska, auch an diesem Tag gefordert waren. Das von Margers Vestermanis aufgebaute Museum wird derzeit erweitert. Die neuen Büroräume sind schon bezogen, der größere Raum für die Ausstellung wird vorbereitet. Im Foyer des Hauses ist eine transportable Ausstellung über die Jüdische Gemeinde Lettlands zu sehen.

## Die Gedenkstätte Bikernieki

Zahlreiche Busse brachten die vielen Gäste unter Polizeigeleit im Konvoi in den Bikernieki-Wald. Eine stark befahrene Schnellstraße führt durch den im Stadtgebiet Rigas gelegenen Wald, in dem während der Besetzung Lettlands durch die Deutschen zahllose Menschen bei Massenerschießungen ermordet wurden. Bei unseren bisherigen Besuchen in Riga waren wir auf unserem Weg durch den Wald eher zufällig auf verwahrloste Grabstätten gestoßen, durch Bordsteine eingefasste Massengräber. Hinweise gab es nicht.

Jetzt ist der Eingang zur Gedenkstätte an der Straße deutlich zu erkennen. Auf zwei dunklen Granitafeln wird in vier Sprachen informiert: „Hier

im Wald von Bikernieki wurden in den Jahren 1941–1944 durch das NS-Regime und dessen freiwillige Helfer Tausende Juden aus Lettland, Deutschland, Österreich und Tschechien sowie politisch Verfolgte und sowjetische Kriegsgefangene ermordet.

Die Gräber- und Gedenkstätte Riga Bikernieki wurde im Jahr 2001 erbaut vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge aus Mitteln der Bundesrepublik Deutschland, des Nationalfonds der Republik Österreich und den im ‚Deutschen Riga-Komitee‘ vereinten Städten.“

Durch eine Art Tor führt ein breiter Weg etwa 200 Meter in den Wald hinein, wo in einer Mulde der große Ge-



... ..



*Das Zentrum der Gedenkstätte*

Stadtpräsident aufgerufen, ebenso für Kiel die Stadtpräsidentin; die Hamburger Namen legte Arkadij Gurewitsch, ein Überlebender aus Lettland, der heute in Hamburg wohnt, in den Schrein. Abschließend wurde die Deckplatte heruntergelassen, der Schrein war geschlossen. Nicht länger anonym sollen so die Opfer sein, sie haben ihren Namen wiedererhalten. Mit einem Kaddish endete die Gedenkveranstaltung.

Die Wege im Bikernieki-Wald sind befestigt worden und führen als Gedenkwege an den Massengräbern beiderseits der Straße vorbei. Die Gräber wurden neu eingefasst und mit Naturstein-Stelen gekennzeichnet. Der Davidstern steht als Symbol für die jüdischen Opfer, Kreuz und Dornenkranz kennzeichnen andere Opfergruppen.

Ein würdiger Gedenkort, eine beeindruckende und anrührende Gedenkstätte ist hier nach den Plänen des Architekten Sergej Rysh entstanden. Seine Idee stammte schon aus den 80er Jahren, doch die finanzielle Not verhinderte eine Umsetzung. Die jetzige Realisierung ist besonders der Beharrlichkeit einiger weniger Menschen zu danken. In Deutschland war es vor allem der Bundestagsabgeordnete Winfried Nachtwei, der in Zusammenarbeit mit vielen Anderen nicht locker ließ. Er machte auf den beschämenden Gegensatz aufmerksam, dass in Riga 1991 ein deutscher Soldatenfriedhof angelegt wurde, an die vielen Tausende hierher verschleppter jüdischer Menschen jedoch nichts erinnerte.

Eine von Nachtwei initiierte Spendensammlung für ein Mahnmal erbrachte 10.000 DM, die 1994 zur Aufstellung eines Gedenksteins auf dem Alten Jüdi-

schen Friedhof am Rand des ehemaligen Ghettos beitrugen. Dieser Friedhof war nach dem Krieg zerstört und in einen Park umgewandelt worden. 1996 wurden auf dem Neuen Jüdischen Friedhof drei Gedenksteine für die Deportierten der Hamburger, Kölner und Bielefelder Transporte aufgestellt. Diese private Initiative des mittlerweile verstorbenen Wilhelm Mosel aus Hamburg wurde von Winfried Nachtwei und den Städten Münster, Osnabrück und Bielefeld unterstützt (vgl. *ISHZ* Nr. 30/1996, S. 65-70, und 38/2000, S. 94f.).

In Wien gründete Erich Herzl, der seine Eltern in Riga verloren hat, zusammen mit anderen Hinterbliebenen 1993 eine „Initiative Riga“, die sich seitdem mit der Unterstützung des Österreichischen Schwarzen Kreuzes intensiv für eine würdige Gedenkstätte einsetzte.

Ende 1996 änderte sich mit dem deutsch-lettischen Kriegsgräberabkommen der Auftrag an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der nun auch für die Gräber der Opfer zuständig wurde. Der VDK übernahm die Verantwortung für die Gestaltung der Gedenkstätte Bikernieki in Kooperation mit der Stadt Riga und dem lettischen Brüderfriedhofekomitee. Im April 2000 begannen die Bauarbeiten; im Mai 2000 wurde das Deutsche Riga-Komitee gegründet unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Johannes Rau. Die Städte, aus denen jüdische Menschen nach Riga deportiert worden waren, schlossen sich mit Riga und seiner Partnerstadt Bremen zusammen, um ein würdiges Gedenken an die Opfer der Deportationen zu unterstützen.

Nach der Einrichtung der Gedenk-

stätte soll ein Gedenkbuch veröffentlicht werden. Auf einer Tagung in Berlin trafen sich im März 2001 Historiker und Historikerinnen aus den angeschlossenen Städten, um die Arbeit zu koordinieren. Die Verantwortung für Schleswig-Holstein übernahm dabei Erich Koch aus Schleswig.

Vom Bikernieki-Wald brachten uns Busse zurück in die Altstadt. Hier in der schmalen Peitavas Iela befindet sich die Synagoge, die einzig übriggebliebene. Das Freitagsgebet hatte bereits begonnen. Dem Kiddush folgte ein gemeinsames Mahl, für viele Gemeindemitglieder eine wichtige Möglichkeit eines kostenlosen warmen Essens. Die Gespräche an den Tischen wurden immer wieder unterbrochen vom gemeinsamen Gesang. Deutlich herauszuhören waren die Stimmen einzelner Veteraninnen.

Mir gegenüber saß Hannah Lessing

## Das frühere Ghetto

Am nächsten Tag, dem Samstag, führten uns Gertrude Schneider und Aleandr Bergmanis durch das ehemalige Ghetto. Mit zwei Bussen fuhren wir aus der Innenstadt heraus vorbei zunächst an der Gedenkstätte der alten Choralsynagoge an der Gogol Iela. Diese Synagoge wurde mit vielen jüdischen Menschen darinnen in Brand gesetzt. Gertrude Schneider war deutlich Verbitterung anzumerken, als sie erklärte, wie wenig Respekt dieser Gedenkort im Alltag erfahre. Ständig als Müllablage und Pissoir missbraucht, wurde die Gedenkstätte darüber hinaus mehrfach Zielscheibe antisemitischer Schmierereien.

In den Straßen der Moskauer Vorstadt – dem früheren Ghetto – schil-

aus Wien, die Generalsekretärin des Österreichischen Nationalfonds für die Opfer des Nationalsozialismus. Sie war empört, dass kein politischer Repräsentant aus Österreich nach Riga gekommen war. Im Gespräch mit ihr erfuhr ich auch, dass in Folge des 11. Septembers die lebenswichtigen Spenden aus den USA für jüdische Gemeinden in Osteuropa jetzt teilweise ausblieben, da die jüdischen Gemeinden in den USA seitdem ihr Hauptaugenmerk auf die Situation im eigenen Land und in Israel richteten.

Am Abend gab das Riga-Komitee ein Essen, zu dem auch die inoffizielle Delegation der Geschwister-Prenski-Schule eingeladen worden war. Anna Steinhauer und Rhea Peters, unsere beiden Schülerinnen, erhielten die Gelegenheit, in einem Grußwort den Grund unserer Anwesenheit zu erläutern.

derten Bergmanis und Schneider die damaligen Geschehnisse aus ihren unterschiedlichen Perspektiven. Die lettischen Juden wurden nach der Besetzung Lettlands durch die Deutschen im Juli 1941 ins Ghetto gezwungen. Am 30. November 1941 begann die SS, im Ghetto Platz zu schaffen für die angekündigten Transporte aus dem Reichsgebiet. Etwa 28.000 Menschen wurden in den Wald von Rumbula südlich von Riga getrieben und dort erschossen. Aleandr Bergmanis verlor an diesem Tag seine Mutter und seine Geschwister.

Verantwortlich für dieses Massaker war Friedrich Jeckeln, SS- und Polizeiführer Ostland, vorher Düsseldorf, und



*Gertrude Schneider*



*Alexandr Bergmanis*

Organisator von Babi Jar. Zurück blieb nur eine kleine Gruppe junger arbeitsfähiger Männer, eingesperrt in einem gesonderten Teil des Ghettos.

Der erste Deportationstransport mit deutschen Juden kam am 30. November 1941 aus Berlin an. Diese etwa 1.000 Menschen wurden noch vor den lettischen Leidensgefährten in Rumbula erschossen. Die nächstfolgenden Transporte wurden auf den Jungfernhof – einen ehemaligen Gutshof nahe der Daugava – gebracht, so auch die etwa 1.000 Menschen des Hamburger Transports; spätere Transporte kamen dann ins Ghetto.

Gertrude Schneider war 13 Jahre alt, als sie mit ihrer Familie aus Wien nach Riga kam, und gerade 17 Jahre alt, als der Krieg endete. Ihre Berichte ließen uns ebenso erstarren wie die Kälte. „Ein minder kalter Wintertag für Riga“, kom-

mentierte Gertrude Schneider. Die Gebäude in den Straßen des ehemaligen Ghettos hätten sich kaum verändert, sähen höchstens noch weiter heruntergekommen aus. Bewohnt werden die Gebäude auch heute, vor allem von russischen Familien.

Durch die Straßen der Moskauer Vorstadt führen wir am Alten Jüdischen Friedhof vorbei in südliche Richtung und machen Halt am Bahnhof Skirotova, dem Ankunftsbahnhof der Deportationszüge. Von hier wurden die Menschen zu Fuß getrieben, zum Jungfernhof, ins Ghetto, nach Rumbula.

Rumbula war unsere letzte Station. Gedenkstätte und Gräber werden jetzt vom VDK restauriert. Noch stehen die alten Gedenksteine aus sowjetischer Zeit. An der jährlichen Gedenkveranstaltung in Rumbula zum Jahrestag des „Blutsonntags“ konnten wir leider nicht mehr



teilnehmen. Auch viele andere Besuche und Gespräche mussten auf einen nächs-

ten Rigabesuch verschoben werden. Viele Eindrücke hatten wir zu verarbeiten.

## 6. Dezember 2001: Erinnern an die Deportation in Lübeck

Schwer war es, nach der Rückkehr aus Riga im Lübecker Alltag anzukommen. Nahezu unerträglich wurde der vorweihnachtliche Rummel, der Konsumrausch der Umgebung. Im Trubel zwischen den Weihnachtsbuden fielen die Erinnerung der Geschwister-Prenski-Schule nur aufmerksamen Menschen auf. Für den 60. Jahrestag der Deportation jüdischer Familien aus Lübeck hatte sich die Schülerversammlung der Schule eine besondere Form des Erinnerns überlegt: In zehnmütigem Abstand machten sich von morgens früh an alle Klassen nacheinander von der Schule an der Trave-münder Allee aus auf den Weg, mit Kerzen und Transparenten, die auf die Geschwister Prenski und ihr Schicksal hinwiesen.

Der Erinnerungsgang führte zunächst in die St.-Annen-Straße, wo sich 1941 die jüdischen Familien schon am 4. Dezember versammeln mussten. Die Mahnwache der Schülerinnen und Schüler vor der Synagoge wurde nach etwa zehn Minuten von der nachfolgenden Klasse übernommen, während die vorausgehende Gruppe weiter zum Bahnhof ging, auf dem Weg, den die Menschen am 6. Dezember 1941 antreten mussten, an einem Schabbat, d. h. für die gläubigen Juden ein Verstoß gegen die Regeln der Religion.

Eine Mahnwache vor dem Bahnhof machte viele Passanten aufmerksam. Auch hier wurde jede Klasse bald abgelöst von der folgenden Gruppe. So waren während des ganzen Vormittags vor

der Synagoge und vor dem Bahnhof unsere Schüler und Schülerinnen als Erinnerung präsent. Erst gegen 14 Uhr kehrte die letzte Gruppe in die Schule zurück.

Am Nachmittag des 6. Dezember fand in Lübeck ein weiterer Gedenkweg statt, den verschiedene Einrichtungen und Personen vorbereitet hatten. In der Synagoge wurden die Teilnehmenden von Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde begrüßt. Ein Trauergebet des Kantors beendete den ersten Teil. Der Gedenkweg führte von der St.-Annen-Straße zur Gedenktafel für die Opfer des Nationalsozialismus an der Parade. Hier lasen mehrere der Teilnehmenden kurze Texte, die stichwortartig an einzelne der deportierten Familien erinnerten. Während der Lesung wurde für jeden genannten Menschen ein Licht entzündet.

Die Kerzen vor der Gedenktafel zwischen dem Haus der Kulturen und der Völkerkundesammlung leuchteten weiter, während die Gruppe ihren Gedenkweg fortsetzte zum Bahnhof. Das Gedenken musste vor der Bahnhofshalle im Freien bleiben, hatte doch die Deutsche Bahn AG für die Gedenkveranstaltung im Inneren neben einer Nutzungsgebühr in noch unbekannter Höhe den Abschluss eines Werbevertrags in Höhe von 1.000 DM verlangt. Die Rede des Stadtpräsidenten und der Auftritt des Chores vom Lübecker Theater mit einem „Gesang ohne Worte“ fanden trotz der Dunkelheit Aufmerksamkeit bei Passanten.



6. Dezember 2001: am Eingang der Geschwister-Prenski-Schule

## Presseecho

Über die Gedenkveranstaltungen des 6. Dezember berichteten die *Lübecker Nachrichten* am Folgetag in einem recht umfangreichen, einfühlsam geschriebenen Artikel auf der zweiten Lokalseite, illustriert mit einem Foto (vgl. *Pressepiegel*, S. 156). Die Hauptereignisse des 6. Dezember waren jedoch deutlich andere: Zum Besuch der Schiffergesellschaft an ihrem 600. Geburtstag war Bundespräsident Johannes Rau auf der Fregatte „Lübeck“ angereist. Nach kurzem Aufenthalt flog der Bundespräsident wieder ab, die Fregatte aber blieb und wurde am Abend zum Veranstaltungsort der „Stunde der Begegnung“, zu der sich jährlich Bürgerschafts- und Ausschussmitglieder zusammen mit leitenden Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Verwaltung treffen. Dieses Jahr mochten nicht alle der Ein-

ladung des Stadtpräsidenten folgen und an Bord des Kriegsschiffes feiern.

Die Geschehnisse in Riga fanden in den *Lübecker Nachrichten* keine Erwähnung, sieht man von einer winzigen Notiz ab, dass eine Delegation der Geschwister-Prenski-Schule nach Riga fahre. Die *Stadtzeitung* nahm die gleiche Pressemitteilung der Schule zum Anlass für ein Interview mit den beiden Schülerinnen und berichtete in einem ganzseitigen Artikel.

In anderen Städten Deutschlands, die Delegationen nach Riga entsandt hatten, gab es ebenfalls ein regionales Presseecho. Überregional dagegen fand die Einweihung der Gedenkstätte in den deutschen Medien nur sehr geringe Resonanz, während die lettischen Medien ausführlich berichteten.

## Fragen

Es bleibt eine Reihe von Fragen: Warum fanden die Gedenkveranstaltungen keine Beachtung der deutschen Medien? Lag es nur daran, dass keine deutsche Spitzenprominenz anwesend war? Warum aber war nicht der „Schirmherr des Riga-Komitees“, Bundespräsident Rau, in Riga anwesend? Warum wurde die Repräsentanz dem deutschen Botschafter überlassen? Wie konnte es zum Hamburger Skandal kommen? Der derzeitige Hamburger Senat hatte keine Delegation nach Riga entsandt, man sah „keinen Hamburg-Bezug“. Der in Hamburg lebende Arkadij Gurewitsch war als betroffener Überlebender nach Riga gereist und übernahm die Vertretung der Hansestadt.

Anders Bremen. Als Partnerstadt Rigas hatte sich Bremen sowohl dem Riga-Komitee angeschlossen als auch eine Delegation geschickt. Diese war allerdings sehr betroffen, als sie eine Kartusche mit Namen in den Gedenkschrein legen sollte, waren doch die Bremer Juden gar nicht nach Riga deportiert worden. Wie konnte eine solche Panne passieren?

Wie kam es, dass derjenige, der maßgeblich in Schleswig-Holstein alle vorbereitenden Arbeiten für die Namenslisten und das Gedenkbuch geleistet hatte, nicht als Mitglied einer Städtelegation berücksichtigt wurde? Die Arbeit von Erich Koch nahmen die Städte Kiel und Lübeck selbstverständ-

lich und kostenfrei in Anspruch.

Wieso waren schließlich außer den offiziellen Delegierten der Städte kaum andere Interessierte aus Deutschland anwesend? Wieso wusste kaum jemand von dem Ereignis? Lediglich einige we-

nige private Reisende waren außer unserer Schulgruppe dabei, die wie wir Informationen über Winfried Nachtwei erhalten und beim Volksbund hartnäckig nachgefragt hatten.

**Heidmarie Kugler-Weimann**

Abbildungsnachweis: Alle Fotos Heidmarie Kugler-Weimann

## „Die Weltgeschichte hat dunkle Flecken.

### Leider wurde mein Leben von dieser Dunkelheit beschattet ...“

Ein Ausstellungsprojekt zur Zwangsarbeit in Rendsburg 1939–1945

Die Stadt Rendsburg bereitet für Oktober/November 2002 eine Ausstellung zum Thema Zwangsarbeit vor. Grundlage für die Ausstellung bietet neben Archivmaterial eine Zeitzeugenbefragung ehemaliger Zwangsarbeitender in Rendsburg und Umgebung.

Parallel zur Diskussion um die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ beschloss die Stadt Rendsburg, das Thema Zwangsarbeit für die eigene Region zu erforschen. „Es war höchste Zeit, dieses Thema aufzuarbeiten“, stellte Bürgermeister Rolf Teucher angesichts des hohen Lebensalters der Zeitzeugen fest. „Die Stadt Rendsburg wollte sich Klarheit darüber verschaffen, unter welchen Lebensbedingungen die Zwangsarbeiter hier die Kriegsjahre verbracht haben.“

Die Stadt beauftragte den Lehrer und Regionalhistoriker Rolf Schwarz, der sich seit über 20 Jahren mit dem Thema Zwangsarbeit beschäftigt, mit der Sichtung und Materialsammlung für das von offizieller Seite bisher vernachlässigte Thema.

Neben Recherchen in verschiedenen Archiven versandte die Stadt einen Fra-

gebogen an ehemalige Zwangsarbeitende in Polen und Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Die Angeschriebenen wurden nach den Umständen ihrer Deportation, den Bedingungen ihrer Arbeit, den Arbeitgebern, der Unterbringung, der Versorgung und der Entlohnung gefragt, darüber hinaus nach dem Verhältnis zur deutschen Bevölkerung, eventuellem Widerstand und der Bedeutung der Zwangsarbeit für das weitere Leben der Betroffenen. Die Fragen orientierten sich an dem Lübecker Fragebogen, der von Katja Freter-Bachnak und Christian Rathmer für die Ausstellung *Ich erinnere mich nur an Tränen und Trauer ... Zwangsarbeit in Lübeck 1939–1945* entwickelt worden war (vgl. *ISHZ* Nr. 35, April 1999, S. 3ff.; Christian Rathmer: „Ich erinnere mich nur an Tränen und Trauer ...“. Zwangsarbeit in Lübeck 1939–1945, Essen 1999).

Die Adressen wurden von der russischen Gesellschaft Memorial sowie der Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“ zur Verfügung gestellt, so dass insgesamt 550 ehemalige Zwangsarbeitende angeschrieben werden konnten.

Zweihundert der Angeschriebenen beantworteten den Brief – ein enorm hoher Rücklauf für ein Fragebogenprojekt. Mit den Fragebögen wurden zum Teil Dokumente und Fotos eingeschickt, von Arbeitskarten bis hin zum Erinnerungsfoto und sogar ein Tagebuch einer ukrainischen Zwangsarbeiterin, die dieses der Stadt Rendsburg schenkte.

Die Antworten wurden übersetzt – sie zeichnen ein sehr vielschichtiges Bild. Auffällig zeigt sich ein Unterschied zwischen der Behandlung in den Zwangsarbeiterlagern, die als durchweg unmenschlich empfunden wurde, und der privaten Unterbringung der in der Landwirtschaft Tätigen, die in der Regel auf dem betreffenden Hof wohnten. Da die Bauern in einem sehr viel direkteren Verhältnis die Arbeitsleistung und die entsprechende Ernährung vor Augen hatten, als in einer wesentlich anonymen Masse von Lagerinsassen, berichten ehemalige Landarbeitende von erheblich besserer Verpflegung. Einige beschreiben, dass sie trotz ausdrücklichen Verbots gemeinsam mit den Bauernleuten am Tisch gegessen haben.

Ausgehend von dieser unterschiedlichen Behandlung wurde die Zeit der Zwangsarbeit von den Menschen verschieden erlebt: Gemeinsam ist den

meisten eine Trauer über den Verlust ihrer Jugend – viele sind als 14-, 15- oder 16-Jährige gewaltsam aus ihrer Familie und gewohnten Umgebung herausgerissen worden und kamen in ein Land, in dem sie als Feinde galten, die Sprache unbekannt war und sie härteste körperliche Arbeit leisten mussten – und eine bis heute andauernde Schädigung der Gesundheit. Besonders bitter lesen sich die Berichte der ehemaligen Sowjetbürger: Sie standen in der „Zwangsarbeiter-Hierarchie“ der Nationalsozialisten ganz unten und erfuhren die allerschlechteste Behandlung in Deutschland, um sich dann, in die Heimat zurückgekehrt, als „Vaterlandsverräter“ angeprangert zu finden – hatten sie doch beim Feind gearbeitet.

Die Stadt Rendsburg hat die Historikerin Monika Sigmund beauftragt, das Material auszuwerten und in einer Ausstellung zu präsentieren. Die Ausstellung, in der vor allem die ehemals Zwangsarbeitenden selbst zu Wort kommen sollen, wird im Oktober/November 2002 im Historischen Museum Rendsburg gezeigt. Dazu wird es ein Beiprogramm aus Veranstaltungen, Filmen und einer Stadtrundfahrt zum Thema *Zwangsarbeit in Rendsburg* geben.

**Monika Sigmund**